Straßenschlacht in Genua: *Die schlimmsten Befürchtungen wurden wahr*

„Widerspruch!“

Total global: Eine neue, erstmals wirklich internationale Protestgeneration heizt Politikern und Konzernchefs ein – und zwar zu Recht. Die globale Weltwirtschaft, mächtig und krisenanfällig zugleich, braucht neue Spielregeln.

Für die Chefs der globalen Großkonzerne war es ein Freitagnachmittag wie immer.

DaimlerChrysler-Chef Jürgen Schrempp hatte internationale Top-Analysten zur Telefonkonferenz geladen, im Konferenzraum 3, einem mit Hightech voll gestopften Besprechungszimmer, beantwortete er brav die Fragen der Investoren. Wann gibt es Gewinne bei Chrysler? Wie läuft die Sanierung in Japan? Danach ging es ab ins Wochenende.

Rupert Murdoch, der Medientycoon, kreuzte am Freitag mit seiner Yacht vor der Insel Mauritius im Indischen Ozean. Er entspannte mit seiner schwangeren Frau Wendy Deng.

Auch Frank Harrison, Chef von Coca Cola Bottling, ist samt Familie im Urlaub, Exxon-Chef Lee Reymond war am Freitag auf Dienstreise unterwegs.

Abends bei den TV-Nachrichten aber wird jeder gezuckt haben. Was ist da los, beim großen Gipfel in Genua? Warum ist der Bildschirm in feuriges Rot getaucht? Wer ist der Mann, der da leblos auf dem Asphalt liegt?

Die internationalen TV-Stationen berichteten aus der italienischen Hafenstadt wie aus einem Bürgerkriegsgebiet. Der Tod des 23-jährigen Italieners Carlo Giuliani, der am Freitagabend bei den Auseinandersetzungen mit der Polizei erschossen wurde, hat die Welt geschockt.

Eine Stadt im Ausnahmezustand. Die Regierungschefs der sieben größten Industriestaaten und Russlands, von der Globalisierung oft genug selbst zu Zuschauern degradiert, wurden zum Angriffsziel von militanten Demonstranten. Mit Sprechchören und Trillerpfeifen begann, was am Freitagabend in einer auf beiden Seiten gnadenlos geführten Straßenschlacht endete. Schüsse fielen, Banken und Autos brannten, Vermummte zogen durch die Straßen. Dutzende von Schwerverletzten auf beiden Seiten.

10 000 Polizisten und 5000 Spezialisten der italienischen Armee und anderer Sicherheitsorgane – darunter Fallschirmjäger, Spezialtaucher und Einheiten mit Flug-

DARKO BANDIC / AP

Abwehrraketen – waren aufgeboten, um den Tagungsort, einen Palast im Altstadtkern Genuas, zu schützen.

Ein vier Meter hoher Eisenvorhang teilte die verbotene „rote Zone“, in der sich die Staats- und Regierungschefs der acht Teilnehmerstaaten verschanzt hatten, vom freien Teil der Stadt ab. Wichtige Bürgerrechte waren schon vorher außer Kraft gesetzt worden: Die Bewohner des sensiblen Stadtteils durften tagelang keine Besucher empfangen, „kritische“, weil zum Tagungspalast führende, Fenster nicht öffnen. Terrassen und Balkons hatten Scharfschützen der Polizei besetzt.

Zug- und Flugverkehr nach Genua waren vorsichtshalber vom 18. bis 22. Juli ausgesetzt, die Autobahnabfahrten gesperrt, Bus-, U-Bahn- und Straßenbahn-Verkehr weitgehend eingestellt. Aus Sicherheitsgründen übernachteten die hohen Staatsgäste auf einem Kreuzfahrtschiff im Hafen, US-Präsident George W. Bush wurde nächtens gar an einen geheimen Ort, eine nahe gelegene US-Kaserne, ausgeflogen. Der Luftraum über dem Hafenstädtchen war durch Luftabwehrraketen gesichert.

Doch die schlimmste Befürchtung wurde wahr. Mit dem toten Demonstranten hat die Protestbewegung gegen die Globalisierung ihren ersten politischen Toten. Bundeskanzler Gerhard Schröder äußerte sich „erschüttert“ über die Ereignisse.

Die Staats- und Regierungschef sahen plötzlich wie Getriebene aus, die sich vor ihrem Volk verschanzen müssen. Dabei hatten sich die meisten der über 150 000 Protestler am Freitagabend bereits aus der Altstadt zurückgezogen.

Sie lehnten Gewalt ab, wollten weiterhin friedlich ihren Unmut über den neuen Globalkapitalismus demonstrieren. Auf vielen T-Shirts fand sich nur ein Wort: „Widerspruch!“

Die zentrale Botschaft des Protestes ließ sich durch das martialische Aufgebot einer entfesselten Staatsmacht nicht aufhalten. Der „Widerspruch!“ sauste durch die Straßen von Genua, fand seinen Weg zu den Kameras der TV-Anstalten und den Web-Seiten der Online-Dienste, strahlte von dort mit Mega-Verstärker hinaus ins globale Dorf.

Die Fakten sind auch von den Politikern unbestritten: Der Globalkapitalismus hat den Reichtum vieler gemehrt und den Abstand zu den Ärmsten dennoch vergrößert. In den Industriestaaten wird die Fraktion der Genießer und Gourmets immer größer, anderswo auf der Welt fehlt vielen die Kraft, sich die Fliegen aus dem Gesicht zu wischen.

Immer weniger Menschen haben immer mehr Macht, die Konzentrationswelle hat ganze Branchen erfasst. Konglomerate, die über alle Klima- und Zeitzonen rund um die Uhr produzieren, sind entstanden – groß, mächtig, kaum mehr steuerbar. Unternehmen Größenwahn.

Dagegen rührt sich jetzt erstmals ein internationaler Widerstand, der mehr ist als ein Haufen versprengter Protestler.

Genua, das war im Kern nicht ideologische Gesellschaftskritik alten Stils, sondern eher ein lauter Weckruf. Eine Aufforderung an alle, die sich für mehr verantwortlich fühlen als das eigene Wohlbefinden. Und eine Ermahnung an die globale Spaßgesellschaft, bei all dem Spaß eben nicht die Gesellschaft zu vergessen.

Die 68er bevorzugten den schrillen Ton eines Rudi Dutschke, liebten das Ausrufe-

LUCA BRUNO / AP

Erschossener Demonstrant in Genua
Der Kanzler äußerte sich erschüttert

zeichen, den flammenden Aufruf, den Appell, das Kategorische eben. Die neue Bewegung bevorzugt das Fragezeichen.

Wie lässt sich Wohlstand organisieren, der wirklich alle erreicht? Welche Rolle muss die Politik spielen in einer Welt, die auf die Territorien der Nationalstaaten keine allzu große Rücksicht mehr nimmt? Wie lassen sich die erratischen Ausschläge an den Weltfinanzmärkten, die ganze Volkswirtschaften dahinraffen können, endlich

DPA

Gipfeltreffen in Genua: *Wie Getriebene, die sich vor ihrem Volk verschanzen müssen*

„Mörder, Mörder“

Der tote Demonstrant von Genua schockt die Welt.

DYLAN MARTINEZ / REUTERS

Angriff auf den Polizei-Jeep
Guerrilla-artig die Altstadt von Genua erobert

Genuas Altstadt, 17.45 Uhr am Freitag: Blut sickerte aus der blauen Wollmütze, die vom Gesicht nur die Augen freigab. Der Mann auf dem Asphalt lebte möglicherweise noch, als die junge Frau vom Sanitätsdienst sich neben ihn hockte.

„Mörder, Mörder“, riefen jene Demonstranten, die der Szene fassungslos gefolgt waren. Da lag er nun, der erste tote Demonstrant der Anti-Globalisierungs-Bewegung, Jahrgang 1978, die Beine von sich gestreckt. Von der Fotoagentur zunächst als „nicht identifizierter Demonstrant“ betitelt, jagte sein Bild um die Welt.

Vorausgegangen war eine der wohl heftigsten Straßenschlachten, die Europa in jüngster Zeit erlebt hat. In der Innenstadt von Genua, die für den G-8-Gipfel hermetisch abgeriegelt wurde, lieferten sich mehrere tausend gewaltbereite Protestler aus ganz Europa und den USA sowie rund 20 000 Polizisten ein blutiges Gefecht.

Zwei CNN-Reporter berichteten den ganzen Tag live nach Amerika, was sich im fernen Genua abspielte. Einer von der „European Vision“, dem Luxusschiff der Politiker, der andere aus den Straßen der Innenstadt. Am Nachmittag war vor allem der Mann der Straße gefragt. „Extrem gewalttätig“ gehe es hier zu, „auf beiden Seiten“.

Die Spielregel der Autonomen war auch ohne Ortskenntnis zu verstehen: Wer stürmt die „rote Zone“, jene von Polizei und Militär mit meterhohen Absperrwänden aus Beton und Eisen verrammelte Altstadt? Wem gelingt es, in das symbolische Zentrum des neuen Globalkapitalismus vorzudringen, wo die Staats- und Regierungschefs am Nachmittag ihre erste Sitzung veranstaltet hatten?

Die engen Straßen der Hafenstadt schienen für eine Guerrilla-Taktik wie geschaffen. Die Polizei war gezwungen, in kleinen Trupps zu agieren, Wasserwerfer und Panzerfahrzeuge kamen nur schwer voran. Die als Absperrung aufgestellten Frachtcontainer, ausgeliehen von den örtlichen Hafenbetrieben, erwiesen sich als Schutzzone für Autonome, die sich hinter den Stahlkolossen sammeln und Luft holen konnten.

Der angesagte „zivile“ Ungehorsam der Anti-G-8-Demonstranten wurde schon im Anmarsch, am Freitagmorgen, ziemlich unzivilisiert. Unter dem Spruchband „Widerstand International“ ging's zur Straße des 20. September und von dort zur Piazza Dante – kaum mehr als 200 Meter vom Palazzo Ducale entfernt, in dem die Regierenden tagten.

Harmlosen Objekten wie Knoblauchknollen und Eiern folgten bald Wasserflaschen und Eisenstücke, die über den Sicherheitszaun flogen. Der stechende Geruch des Tränengases breitete sich aus.

Unter den deutschen Protestlern kursierten schon bei der Anreise Handzettel mit jener Kriegerlyrik, die solche Gewaltspielchen häufig dekoriert: „Wo die fiesen Gipfel tagen, lockt so manche kühne Tat. Immer vorwärts ohne Zagen, bald sind wir dem Ziel genaht.“

Am Nachmittag brodelte es: Verschiedene Grüppchen schlugen mit Holzbrettern gegen die Autos der Polizei, auch Fernsehkameras wurden attackiert, Polizisten knüppelten auf alles, was sich verdächtig bewegte. „Personen, die schon am Boden liegen, zu schlagen, das ist Demokratie – stimmt's?“, brüllte ein blutender Mittdreißiger die Uniformierten an, die ihn abführten.

Gegen 17.40 Uhr wurde aus dem Protest tödlicher Ernst. Der Mann, der nach abendlichen Polizeiangaben Carlo Giuliani heißt, geboren in Rom, zuletzt wohnhaft in Genua, hatte sich einen Feuerlöscher geschnappt. Angriffslustig stürmte er auf den am Straßenrand geparkten Geländewagen der Carabinieri los, Kennzeichen CCAE AE-217. Hinter der Heckscheibe, im Innern des Polizeiwagens, hielt ein Uniformierter die Stellung. In seiner Hand eine Pistole. Schüsse fielen.

Und dann lag er plötzlich da, der Junge mit der Wollmaske. Getroffen, so die erste ärztliche Diagnose, von einem Projektil. Eine zweite Todesversion wird im Fernsehen verbreitet: Steine von Mitdemonstranten hätten den Mann niedergestreckt, berichtet der Nachrichtensender n-tv. Später bestätigt der italienische Innenminister, dass der junge Italiener erschossen worden ist.

DYLAN MARTINEZ / REUTERS

Carabinieri mit Pistole (roter Kreis)
„Extrem gewalttätig auf beiden Seiten“

DYLAN MARTINEZ / REUTERS

Von Kugel getroffener Giuliani
Der erste tote Anti-Globalisierungs-Demonstrant

Die Nachricht vom Tod des Demonstranten hat sich unter Politikern und Protestlern schnell herumgesprochen. Der deutsche Kanzler ist „erschüttert“, US-Präsident Bush spricht von einem „tragischen Todesfall“.

Die Demonstranten wirken wie gelähmt. Tränen der Trauer mischen sich mit den Tränen des Zorns. Die vorläufige Bilanz des Gipfel-Freitags: ein Toter, 97 Verletzte im Krankenhaus San Martino (7 Journalisten, 50 Protestler, 40 Sicherheitskräfte).

Eine Frau und ein Polizist wurden schwer verletzt. Mehr als hundert weitere Verletzte kamen in andere Hospitäler.

Nachts ebbte die Gewalt langsam ab, die Demonstranten kehrten nach und nach in ihre Nachtquartiere zurück, teils freiwillig, teils von der Polizei dorthin gedrängt. Wer einmal das Stadion Carlini betreten hatte, durfte den Gebäudekomplex offenbar nicht mehr verlassen.

Die Initiative „Attac“, die zu den friedlichen Protestgruppen gehört, berichtete von einer regelrechten Festsetzung. Wer aus dem Stadion raus wollte, sei „draußen verhaftet worden“. Ein Sprecher der Gruppe: „Alle hier haben Angst.“

Hans-Jürgen Schlamp, Sven Röbel

MARCO DI LAURO / AP

Erste Hilfe nach dem Unglück: *Die Demonstranten wirken wie gelähmt*

kontrollieren, zumindest ein bisschen? Und was, bitte schön, wird aus jenen Menschen, denen das neue Tempo die Luft zum Atmen nimmt? Und am Ende die schlichte und deshalb so kompliziert zu beantwortende Frage: Wem gehört die Welt?

Die verschiedensten Protestgruppen einte die Gewissheit, dass in den Konzernzentralen an allem Möglichen gebastelt wird, aber eben nicht vorrangig an einer Welt, die Brot, Arbeit und Freiheit für alle bietet. Gemeinsam ist ihnen das Gefühl, die Kontrolle über das eigene Leben an anonyme Großunternehmen und molochartige Politik-Institutionen zu verlieren, deren Agenda sich mehr an den Bedürfnissen von Firmen orientiert als an denen von Menschen. Den Politikern traut diese neue Protestgeneration alles zu – nur nicht den Elan, sich mit den Wirtschaftsbossen wirklich anzulegen. Sie gelten als Komplizen der Konzerne.

„Die Demonstranten sind dagegen, dass von den hundert größten Wirtschaftseinheiten der Welt 51 Firmen sind und 49 Länder“, sagt John Cavanagh, Direktor des „Institute for Policy Studies“. „Es missfällt ihnen, dass die Einnahmen der 200 größten Unternehmen mehr betragen als ein Viertel der weltweiten Wirtschaftsaktivität.“ Sie beschuldigen die großen, von den Regierungen gegründeten Institutionen wie WTO, IWF und Weltbank, sich nur um die Interessen der Unternehmen zu kümmern, deren weltweite Aktivitäten der Umwelt und den Menschen, insbesondere den Armen und den Frauen schaden.

Es ist gerade ihre Vielfältigkeit, die diese Bewegung so schwer begreifbar macht und die Kritiker so verwirrt: Bei ihrer Geburtsstunde in Seattle, wo 50 000 Demonstranten vor knapp zwei Jahren die Tagung der Welthandelsorganisation WTO sprengten, marschierten die Anhänger des erzkonservativen Pat Buchanan ebenso entschlossen wie die Anarchisten aus Kreuzberg. Gewerkschaften sind ebenso dabei wie Umweltschützer. Sogar der Papst sprach sich kürzlich gegen Auswüchse der Globalisierung aus – katholische Bischöfe im Schulterschluss mit Italiens extremen Linken.

Ein Programm hatten die Protestler nicht im Gepäck, dafür Gefühle dutzendfach. Unmissverständlich brachten sie zum Ausdruck, was Friedensnobelpreisträger Willy Brandt, der deutsche Kanzler der Ostaussöhnung, von seinen Landsleuten immer gefordert hatte: „Mitgefühl“ mit denen, denen es schlechter geht, weil eine Welt, in der die Prinzipien von Gewinnmaximierung und Effizienzsteigerung so dominant geworden sind, ihnen keinen Platz zugesteht.

- Noch nie waren so viele Menschen ohne festen Arbeitsplatz. Rund eine Milliarde, also mehr als die Bevölkerung der Europäischen Union, der USA, Japans und Russlands zusammen, sind arbeitslos oder unzureichend beschäftigt, davon allein 34 Millionen in den OECD-Staaten.
- In der Dritten Welt reicht oft auch ein simpler Job kaum zum Überleben, das Einkommen von 1,6 Milliarden Menschen in Ländern wie Äthiopien, Bangladesch oder Burundi liegt bei unter zwei Dollar am Tag.
- Afrika scheint von der globalen Community mittlerweile abgeschrieben: 25 Millionen Menschen sind mit Aids infiziert, und niemand kümmert sich ernsthaft um diese Katastrophe. Nur rund 400 Millionen Dollar stehen dort zur Bekämpfung des Immunschwäche-Virus zur Verfügung, etwa ein Drittel weniger, als in der Welt für Aspirin ausgegeben wird.
- Wer die neue Technik, Internet, Computer, mobile Kommunikation, nicht besitzt, hat Sendepause für immer. Vor-

AP

Fusionspartner Steve Case, Gerald Levin (2000): *Die Wortgirlanden der New Economy werden gerade abgeschmückt*

denker wie der Sun-Gründer Bill Joy warnen seit Jahren vorm „Digital Divide“, der digitalen Trennung in Reiche und Habenichtse.

▶ Begleitet, besser: beschleunigt wird dieser Prozess von den Weltfinanzmärkten, die sich auf dramatische Weise von der Realwirtschaft entfernt haben. Derweil die Weltwirtschaftsleistung sich seit 1980 um rund 80 Prozent steigerte, waren die Börsen in der Spitze um 1000 Prozent gestiegen – ein fauler Zauber, der Millionen Kleinanleger täuschte.

Es ist kein Zufall, dass die neue Bewegung gerade jetzt an Gewicht gewinnt: Die Börsen trudeln, sechs Billionen Mark an Anlegergeld wurden gerade vernichtet, die Internet-Euphorie entweicht, die Gen-Revolution verunsichert die Gesellschaft, und eine labile Weltkonjunktur kommt noch hinzu, die sich nicht entscheiden kann, ob sie abstürzen oder stagnieren soll.

Es ist noch nicht lange her, da war auch von Globalisierung die Rede – aber von den Chancen, den gigantischen Errungenschaften einer vernetzten Welt. Gerade die Weltjugend der weißen Mittelschicht war aufgebrochen ins Zeitalter der New Economy.

Bei Seattle dachten alle nur an Microsoft, die Firma des Bill Gates, die hier ihren Hauptsitz hat. „Wir sind Zeugen eines historischen Booms von nie gekannter Dimension“, schrieb das Zeitgeistblatt „Wired“ vor vier Jahren. Die Weltökonomie werde sich alle zwölf Jahre verdoppeln und der Menschheit ungeahnten Wohlstand verschaffen: „Vor uns liegen 25 Jahre Reichtum und Freiheit – haben Sie etwa ein Problem damit?“

Die Party ist fürs Erste vorbei, und übrig bleibt eine Welt, die kälter und damit unwöhnlicher scheint. Die Wortgirlanden der New Economy werden gerade abgeschmückt, die Helden von gestern sind in Unehren entlassen, und auch Hausherr Bill Clinton, der Gute-Laune-Präsident der westlichen Boom-Gesellschaft, der soziale Gerechtigkeit zwar nicht verwirklicht, aber zumindest mitgedacht hat, ist abgetreten.

Plötzlich steht da ein George Bush, bei dem nur das W. daran erinnert, dass hier der Junior regiert. Der alte Familienclan, die alten Ideologen der Chicago-Schule, der ganze Muff der Reagan-Ära sind plötzlich wieder da: Raketenabwehr, kriegslüsterne Sprüche und eine Politik, die sich vor allem um das Wohlergehen der Großkonzerne sorgt, der alles andere egal scheint – die Umwelt, die Armen, die Gefühle der Jüngeren.

Plötzlich fällt vielen im Westen auf, dass die Globalisierung keineswegs automatisch ein Beglückungsprogramm für alle ist. Dass sie Regeln braucht, die anders aussehen als jene Weisheiten, die zu Zeiten der alten Schule der Nationalökonomie galten.

Dass es Gewinner und Verlierer gibt, war vorher klar. Doch gewachsen ist jene Gruppe dazwischen, die materiell wahr-

Weltweite Proteste gegen die Globalisierung

27. Juli bis 4. August 1996
Bundesstaat Chiapas, Mexiko
Internationaler Kongress der Zapatisten
3000 Teilnehmer aus 40 Staaten

REUTERS

Unruhen in Seattle

AP

Proteste in Davos

30. November bis 3. Dezember 1999
Seattle, USA
Konferenz der Welthandelsorganisation (WTO)
50 000 Demonstranten

27. Januar bis 1. Februar 2000
Davos, Schweiz
30. Weltwirtschaftsforum
1000 Demonstranten

16. bis 18. April 2000
Washington D. C., USA
Frühjahrstagung von Weltbank und Internationalem Währungsfonds
20 000 Demonstranten

11. bis 13. September 2000
Melbourne, Australien
Asia-Pacific economic summit (Nachtreffen zum Weltwirtschaftsgipfel in Davos)
10 000 Demonstranten

26. und 27. September 2000
Prag, Tschechische Republik
Jahrestagung von Weltbank und Internationalem Währungsfonds
9000 Demonstranten

ANDREAS GEBHARD / DDP

Demonstranten in Prag

AFP / DPA

Konzernchefs Schrempp, Robert Eaton (1998): *Irgendwo brennt es immer*

Unternehmen so groß wie Volkswirtschaften

Umsätze der weltweit größten Firmen im Vergleich zum Bruttoinlandsprodukt (BIP)

in US-Dollar

Quelle: IMF 2001, Fortune 500 2001

DER SPIEGEL

EXXONMobil Umsatz 2000: **210,4** Mrd. → **Schweden** BIP 2000: **228,3** Mrd.

WAL*MART Umsatz 2000: **193,3** Mrd. → **Österreich** BIP 2000: **190,3** Mrd.

General Motors Umsatz 2000: **184,6** Mrd. → **Dänemark** BIP 2000: **162,3** Mrd.

Ford Umsatz 2000: **180,6** Mrd. → **Polen** BIP 2000: **160,8** Mrd.

DaimlerChrysler Umsatz 2000: **150,1** Mrd. → **Indonesien** BIP 1999: **153,7** Mrd.

scheinlich zu den Siegern zählt, weil ihr Job effizienter und damit sicherer ist, die heute Qualitätsmarken konsumiert und mit ihrer Digitalkamera die halbe Welt bereist – und die dennoch dieses Grundgrummeln nicht loswird. Die Rede ist von jenen Menschen, denen es gut geht und die sich schlecht dabei fühlen.

Denn natürlich wurde ihre Arbeitszeit über das letzte Jahrzehnt nach Stunden reduziert und zugleich der Arbeitsinhalt verdichtet. Heute brauchen die VW-Arbeiter 30 Prozent weniger Zeit, um ein Auto herzustellen, als noch vor zehn Jahren.

Viele fühlen sich im Presswerk einer Profitschmiede, scheinbar hilflos ausgeliefert den Effizienzsteigerungsprogrammen und Sparrunden, mit deren Hilfe die Unternehmen jene Rendite-Versprechen umsetzen, die den Aktionären gemacht wurden.

Der Globalisierungsschub der letzten Jahre fiel heftig aus. Die Fusionswelle hat viele einst selbständige Firmen zu Filialisten und damit die Angestellten zu Befehlsempfängern gemacht. Beispiel Mannesmann: Bis zur feindlichen Übernahme durch die britische Vodafone galt der Aufstieg vom Röhrenhersteller zum Handykonzern als mustergültig, als Beleg für den gelungenen Strukturwandel im Ruhrgebiet.

Und dann das: das Namensschild an der Konzernzentrale – abmontiert. Die Vorstandsetage mit dem Presslufthammer verwüstet, weil plötzlich alles „kernsaniert“ werden muss, das Controlling und die strategische Planung – dichtgemacht. Investor Relation, Marketing, Produktentwicklung werden nun von England aus geführt. Der Arbeitsalltag im einstigen Mannesmann-Tower – eine gelebte Kapitulationserklärung.

So geht es derzeit Hunderttausenden allein in Deutschland, die von der Globalisierungswelle erfasst und weggespült werden. Fast alle tauchten irgendwo wieder auf, aber sie sind entwurzelt, erschrocken über die Wucht der Veränderung.

Zuerst verschwinden die Namen, die ans Gestern erinnern. Aus Hoechst wird Aventis, BP wird in Deutschland zu Aral, Minol wird zu Elf, Elf wird zu Total-Fina-Elf. Und viele sind ganz verschwunden: Zündapp zum Beispiel und auch der Bremer Vulkan. Die Arbeitsplätze verschwinden oft mit.

Auch die Sieger in der weltweiten Übernahmeschlacht empfinden derzeit kein so richtiges Siegesgefühl. Denn in den neu entstandenen Großkonglomeraten herrscht Krisenstimmung jeden Tag, irgendwo im Weltreich brennt es schließlich immer.

Beispiel DaimlerChrysler, die Welt AG des Jürgen Schrempp. Die Probleme bei Chrysler sind nun auch in den Stuttgarter Familien das Topthema. Und kaum beruhigt sich die Lage in den USA, fallen die Milliardenschulden bei Mitsubishi unangenehm auf. So sorgt die globale Präsenz auf allen Märkten, das große Ziel des Konzernchefs, für permanente Zukunftsangst bei den Daimler-Beschäftigten.

Auf den Staat ist plötzlich, das spüren die Betroffenen sehr genau, nicht mehr wirklich Verlass. Vodafone schluckte Mannesmann – und die Politiker schauten zu. Das deutsche Kabel-TV-Netz, zentrales Medium zur Belieferung von Millionen Haushalten, fiel in die Hände eines Milliardärs aus Denver, der für seine ruppigen Methoden bekannt ist. Warum empört sich keiner über das neue Monopol? Die Angestellten der Dresdner Bank wurden im vergangenen Jahr dreimal hin- und hergeschoben – zur Deutschen Bank, zur Commerzbank, um schließlich bei der Allianz-Versicherung zu landen. Hat sich dafür überhaupt ein Politiker interessiert – und sei es, um sich als Zuhörer anzubieten?

„Unaufhörlich“, warnt der Politologe John Cavanagh, „zerbröseln die traditio-

7. bis 10. Dezember 2000
Nizza, Frankreich
EU-Gipfel
60 000 Demonstranten

25. bis 30. Januar 2001
Pôrto Alegre, Brasilien
Erstes Weltsozialforum (Gipfel der Globalisierungsgegner)
10 000 Teilnehmer

20. bis 23. April 2001
Québec, Kanada
Wirtschaftsgipfel 34 amerikanischer Staaten, Verhandlungen über eine panamerikanische Freihandelszone (FTAA)
25 000 Demonstranten

15. und 16. Juni 2001
Göteborg, Schweden
EU-Gipfel
über 20 000 Demonstranten

MICHAEL LECKEL / REUTERS

Polizisten in Salzburg

1. bis 3. Juli 2001
Salzburg, Österreich
Weltwirtschaftsforum Osteuropa
2000 Demonstranten

Polit-Facharbeiter auf Montage

Die Eltern wollten die Revolution – die meisten der jungen Globalisierungsgegner von Genua wären schon froh, wenn eine Steuer Spekulanten das Geschäft vermiesen würde.

Er hat 31 Stunden lang in einem Bus gesessen, er hat eine verregnete Nacht in einem Park hinter sich, er hat diesen Tag mit Wasser und Brot begonnen. Er hat zu wenig geschlafen, zu viel gearbeitet, und nun ist der Moment da, der entscheiden wird, ob Christoph Bautz in den vergangenen Wochen seine Zeit klug investiert hat. Er steht auf der Piazza Dante in Genua. Vor sich eine vier Meter hohe Wand aus Eisen, dahinter Wasserwerfer, gepanzerte Mannschaftswagen und jede Menge bewaffnete Polizisten.

Es war gut, nach Italien gefahren zu sein, weil Bautz von diesem Wochenende noch in Jahrzehnten erzählen wird – und weil Europa von nun an wieder eine Protestbewegung besitzt, die mächtig ist und wahrgenommen wird.

Wenn Bautz solche Sätze formuliert, klingt das nicht nach Revolution, Straßenkampf oder Feuerlöscher schmeißen, es erinnert eher an den Sachstandbericht eines Verwaltungsfachangestellten.

ULI REINHARDT / ZEITENSPIEGEL

Deutsche Genua-Demonstranten: *Sie bilden gern Gremien*

Bautz, 28, trägt Joop-Pullover und Armani-Hose. Er sympathisiert mit den Armen und Unterdrückten der Welt, aber er ist der Meinung, dass er für das Wohl dieser Menschen arbeiten kann, ohne so auszusehen wie sie.

Er glaubt auch nicht, dass es hilfreich ist, mit vermummtem Gesicht und einer Eisenstange in der Hand durch Europas Innenstädte zu ziehen. Bautz ist höflich, nachdenklich, mit seinen kurzen Haaren könnte er Referent des Berliner CDU-Politikers Frank Steffel sein. So durchschnittlich wie er wirken viele der Aktivisten, die in drei Bussen von Norddeutschland und von Berlin aus nach Genua gefahren sind; angemietet von Attac, einer Organisation, die sich für die Regulierung der Finanzmärkte einsetzt und in der Bautz Mitglied ist.

Es war meist still auf der Reise, kaum Musik, kaum Bier, kaum Gelächter. Sie waren nicht auf dem Weg zu einem Happening, sie gingen auch nicht an die Front, um den politischen Feind zu schlagen: Sie sind Polit-Facharbeiter, unterwegs auf Montage.

Gemäßigte Globalisierungsgegner wie diese stellten die Mehrheit der deutschen Demonstranten in Genua. Sie waren schon in Prag dabei, in Göteborg, ein paar auch in Seattle. Sie sind 25 oder 30 Jahre alt, viele haben schon ein Jahrzehnt politischer Arbeit hinter sich. Fast alle engagieren sich in Initiativen wie dem „Anti-Atom-Plenum Göttingen“. Bisher waren sie zersplittert und verstreut; jeder Gipfel gibt ihnen die Chance, gemeinsam anzurennen gegen das Geld, die Armut, das Treibhausklima. Das Böse in der Welt hat viele Gesichter, und in Genua zeigen sich acht Regierungschefs, von schwer bewaffneten Polizeiarmeen beschützt – ein wunderbarer Feind für eine Bewegung, die nicht viel eint und die weiß, dass ihre wahren Gegner nicht in Genua sitzen, sondern in den Konzernzentralen.

Sie heißen Astrid, Jutta, Oliver, sie sträuben sich nicht dagegen, dass man sie die „Neue Linke“ nennt, weil sie wissen, dass Massenmedien Vereinfachung brauchen. Sie geben der „Bild“-Zeitung Interviews. Sie diskutieren länger über die Frage, wie sie sich mediengerecht präsentieren können, als darüber, ob ihre Anliegen richtig wiedergegeben werden. Sie sind unendlich pragmatischer als die Generation ihrer Eltern, die für Ho Tschiminh schwärmten und für die die Springer-Presse ein Werk des Teufels war.

Aus dem Werkzeugkasten für den Gesellschaftsumbau haben sie sich nur das gegriffen, was ihnen brauchbar erscheint. Wie die Politaktivisten der sechziger und siebziger Jahre lieben sie es, stundenlang zu diskutieren, sie konstruieren seltsame mehrstufige Konsensmodelle und bilden gern Gremien. Während der Fahrt schufen sie Bezugsgruppen, einen SprecherInnenrat und verbrachten vor der deutsch-schweizerischen Grenze Stunden damit, sich auf ein Vorgehen zu einigen, falls die Polizei Einzelnen die Ausreise verweigert.

Nach mehreren Sitzungen der Bezugsgruppen und des SprecherInnenrates lautete die Absprache: Wir lassen niemanden zurück. An der Grenze wurde dann vier Demonstranten die Ausreise aus Deutschland verweigert. Die Busse fuhren weiter.

Die Protestler der Sechziger und Siebziger wollten eine neue Gesellschaft, die Männer und Frauen in diesen Bussen fordern eine neue Steuer, die Spekulanten das Geschäft vermiest. Und weil auch ihnen keine Alternative zum Kapitalismus einfällt, sehnen sie sich nur nach einem menschlicheren Kapitalismus.

Sie sind nicht plötzlich zu diesen Einsichten gekommen, sie lebten nur in einer wenig beachteten Ecke der Gesellschaft, und das, was sie dort taten, wirkte oft fürchterlich altmodisch.

Sie haben keine Lust, sich für ihre Ideale das Leben zu ruinieren. „Sitzblockaden

sind das Äußerste“, sagt Bautz, seine Freunde stimmen zu. „Wenn wir weggetragen werden, sorgt das für genug Medienpräsenz bei minimaler Strafe.“ Juristisch sei eine Sitzblockade eine Ordnungswidrigkeit, „so etwas wie Falschparken“. Es sei unnötig und moralisch zweifelhaft, sich mit politischen Gegnern zu prügeln.

Bautz’ politische Arbeit begann als 13-Jähriger im Naturschutz. Damals legte er Amphibienteiche an, später untersuchte er die Lebensbedingungen von Spechten in Streuobstwiesen, schrieb darüber eine Diplomarbeit.

Bald machte er, wie viele andere seiner Freunde, die Erfahrung, „dass die Spielräume alternativer Politik dann verschwinden, wenn es um die Begrenzung wirtschaftlicher Macht geht“. Sein Freund Oliver sagt: „Kein PVC in den Gebäuden der Gemeindeverwaltung ist machbar, der Umbau der Energieversorgung nicht.“

Bislang nannten Christoph Bautz, Oliver und all die anderen Demonstrationen mit 1000 Teilnehmern einen Erfolg. Nun wurden sie plötzlich vom Rand der Gesellschaft ins politische Zentrum gespült, nach Genua. Überall bewaffnete Polizisten, gepanzerte Wagen, Wasserwerfer, es wimmelt von Kameras, Fotoapparaten, dauernd klingelt das Handy, Bautz gefällt das.

Er und seine Freunde stehen auf der Piazza Dante, lassen bunte Luftballons steigen. In der Nähe spielen Demonstranten mit einer großen aufblasbaren Erdkugel Volleyball und versuchen, sie über das Absperrgitter zu schmettern. Der Versuch misslingt. Trotzdem hält Bautz die Aktion für einen Erfolg: Die Bewegung werde in Zukunft Veränderungen bewirken.

Und der Tod des Demonstranten? Wundert ihn nicht. „Das musste nach Göteborg so kommen.“ Bautz wird weiterhin Luftballons aufblasen.

Auf der Fahrt diskutierten sie auch ihre Einflussmöglichkeiten, einer sagte: „Realistisch betrachtet, haben ein paar BSE-Rinder die ökologische Landwirtschaft weiter vorangebracht als 20 Jahre Umweltpolitik.“

Er fügt hinzu: „Was wir brauchen, ist so eine Art Tschernobyl der Weltwirtschaft.“

Uwe Buse

nellen Sozialkontrakte zwischen Regierung, Unternehmen und Arbeitnehmern“. Eine neue Topografie der Macht entsteht, die keinen Nationalstaat kennt. Die Folge: Viele, vor allem die Schutzbedürftigen jeder Gesellschaft, fühlen sich heimatlos.

Die Bürger und ihre Politiker sind in Ratlosigkeit vereint. Die Staatenlosigkeit der neuen Wirtschaftsordnung ist selbst ihren glühendsten Verfechtern mittlerweile nicht mehr ganz geheuer. Die Nation wurde den Nationalisten überlassen, doch nichts Greifbares rückte an ihre Stelle.

Eine protektionistische Wirtschaftsweise, bei der jeder in seinem Heimatland produziert und bestenfalls einen kleinen Teil der Waren exportiert, will unter den seriösen Kritikern niemand.

Ohne den intensiven Warenaustausch der Industriewelt mit den Entwicklungsländern – der zu Beginn immer ein Tausch Rohstoffe gegen Fertigprodukte ist – würde es den Erfolg jener Staatengruppe gar nicht geben, die heute Tigerstaaten genannt werden. Taiwan, Südkorea, Malaysia, Singapur und Thailand haben sich längst aus der absoluten Armut befreit, ihr Produktionsausstoß verdoppelte sich in den vergangenen Jahren, das Durchschnittseinkommen ist seit 1965 um fast 700 Prozent gestiegen. Die einst flächendeckende Arbeitslosigkeit ist längst Historie.

OLYMPIA / ACTION PRESS

Globalisierungsgegner: *Anrennen gegen Geld, Armut, Treibhausklima*

Die Konzerne haben gar keine andere Wahl, als vor Ort zu investieren und zu produzieren. Mit „local content“-Vorschriften zwingen die Regierungen der armen Länder die Manager von IBM, Siemens, Coca-Cola und Mercedes zum Aufbau regionaler Produktionsstätten, zum Transfer von Know-how und Kapital. Die Firmen wiederum machen sich die niedrigeren Löhne, den neuen Absatzmarkt und geringere Sozialstandards zu Nutze.

Zumindest unter den Friedensforschern ist unbestritten, dass genau diese Verflechtung mithilft, Kriege zu vermeiden. Die Globalisierung hat die Welt näher zueinander gerückt, aus Schlachtfeldern (Europa!) wurden Handelsplätze.

Ganze Regionen, die sich früher in Kleinstaaterei übten und regelmäßig übereinander herfielen, schließen sich nun, freiwillig, zu Handelsblöcken zusammen: Die Europäische Union umfasst mittlerweile 376 Millionen Menschen; die Nafta ist eine Freihandelszone, die von Mexiko bis Kanada reicht.

Neben dem freien Warenaustausch versuchen diese Regionalgemeinschaften möglichst auch die Sozialstandards zu regeln: Wie lange darf gearbeitet werden? Welche Ausbildung ist nötig? Sollten Mindestlöhne gelten? In den großen Freihandelszonen ist die Kinderarbeit verboten, zumindest offiziell.

Solange steile Wachstumsraten den Prozess der Konzentrationen und die Herausbildung staatenloser Wirtschaftsräume abfederten, hielt sich der Unmut in Grenzen. Nicht ganz zufällig geht die neue Protestbewegung einher mit einer Wirtschaftsentwicklung, die nach all den Boomjahren nicht dramatisch ist, aber auf viele dennoch dramatisch wirkt: Binnen weniger Monate stürzte das Wachstum zwischen Kalifornien und Massachusetts von fünf auf rund ein Prozent ab – und setzte eine unheilvolle Kettenreaktion in Gang.

Als Erstes traf der Einbruch die amerikanischen Hightech-Konzerne, die mit massiven Entlassungen reagierten. Doch weil kein Land so viel importiert wie die USA, sprang der Abschwung auch nach Europa über – und zieht nun auch hier zu Lande Arbeitslosenzahlen nach oben und die Wachstumszahlen nach unten.

Verschärft wird der globale Abschwung durch die Krise in einigen Schwellenländern. Besonders dramatisch ist die Situation in Argentinien, das so hoch im Ausland verschuldet ist wie kein anderes Schwellenland. Vergangene Woche verkündete Präsident Fernando de la Rúa drakonische Sparmaßnahmen, um die drohende Zahlungsunfähigkeit seines Landes zu verhindern. Sein Plan, die Beamtengehälter und Pensionen um 13 Prozent zu kürzen, löste prompt einen Generalstreik aus.

Komplexe Vorgänge allesamt, auf die der Protest von Genua naturgemäß keine Antwort gibt. Ein diffuses Unbehagen über den Status quo ist das Band, das derzeit die Protestgruppen zusammenhält.

Die Reihe der Globalisierungsgegner ist bunt: junge Mädchen in knappen T-Shirts, Alt-Ökologen im Schlabberlook, biedere Lehrerinnen und Revolutions-Beaus, phantasievolle Happening-Artisten, Gewerkschafter, Parlamentarier, Priester – und der „schwarze Block“, jene gewaltbereiten Chaoten, die sich „Autonome“ nennen.

Die Protestbewegung „gegen den Neoliberalismus und die Herrschaft der internationalen Konzerne“ – Pflichtvokabeln

JEFF CHRISTENSEN / REUTERS

Börsenparty an der Wall Street: *„Die Finanzmärkte bergen die Gefahr selbstzerstörerischer Entwicklungen“*

aller Demoredner – ist nur schwer zu greifen. Als ideologischen Unterbau dienen allenfalls einige schnell geschriebene Bücher, die keine schlüssige Zukunftsvision enthalten: Da wettert die Französin Viviane Forrester gegen die „Diktatur des Profits“, da stellt die Amerikanerin Naomi Klein gegen den Markenfetischismus des Westens die Forderung „No logo!“ Und da gibt John Gray, einst Berater der britischen Premierministerin Maggie Thatcher, den Bekehrten („Die falsche Verheißung“) und urteilt: „Langfristig gibt es auf dem Weltmarkt keine Sieger.“

Das Diffuse ist das Merkmal der neuen Protestbewegung – und das ist gut so, sagen etliche. „Wir wissen noch nicht, wie die Welt danach aussehen wird“, bekennt in bemerkenswerter Offenheit der französische Bauer José Bové, der zur Leitfigur der Protestbewegung geworden ist, seit er mit einem Traktor eine im Bau befindliche McDonald’s-Filiale niederriss. Er glaubt, im Zuge der Debatte werde sich eine Vision schon noch finden:

„Es ist wie bei der Französischen Revolution vor 200 Jahren, als am 14. Juli die Bastille gestürmt wurde: Die wussten auch nicht, was am nächsten Tag passiert.“

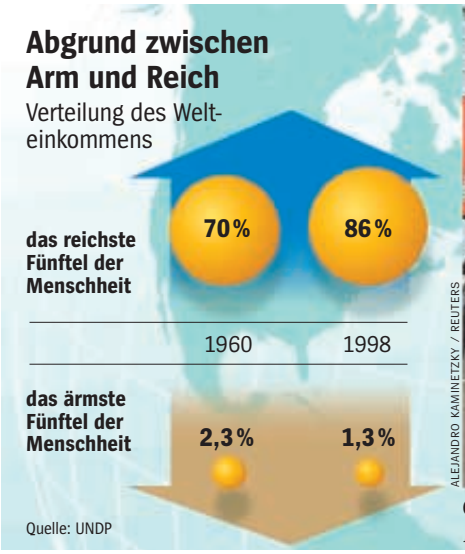
Dass die heutige Wirklichkeit ein wenig komplizierter ist, als die Globalisierungsgegner es wahrhaben wollen, zeigen die Protestaktionen gegen Kleidungshersteller, die in ihren Produktionsstätten in Asien oder Lateinamerika auch Kinder beschäftigen.

Der amerikanische Wirtschaftswissenschaftler Paul Krugmann hat kürzlich in einem Kommentar in der „New York Times“ darauf hingewiesen, dass die Boykottandrohung zwar zum Beispiel die Handelskette Wal-Mart veranlasst habe, auf Kinderarbeit zu verzichten. Eine Untersuchung der Hilfsorganisation Oxfam habe freilich ergeben, dass die entlassenen Kinder nun keineswegs die Schulbank drücken würden, wie von den Protestlern erwartet. Die meisten hätten vielmehr schlechter bezahlte Jobs annehmen müssen unter weit belastenderen Arbeitsbedingungen, nicht wenige böten sich auf dem Straßenstrich an.

Solche Studien machen ratlos. Was tun? Alles hinnehmen, weil immer noch Schlimmeres denkbar ist? Was können Sanktionen hier bewirken?

In einer Welt, in der alles mit allem zusammenhängt, greift jede isolierte Betrachtung zu kurz. Beispiel Sozialstaat. Dass ein kraftvoller Ausbau des Wohlfahrtswesens das Übel der Arbeitslosigkeit zu beseitigen helfe, dass, kurz gesagt, mehr Sozialleistungen sozialer sind, daran bestehen mittlerweile selbst unter linken Theoretikern erhebliche Zweifel. Denn natürlich wissen auch Vordenker wie der Soziologe Pierre Bourdieu, dass sich jede Ausweitung der staatlichen Subsidien nur über höhere Steuern oder eine Anhebung der Sozialabgaben finanzieren lässt, was die Arbeitskosten für die Unternehmen erhöht und damit ihre Neigung zu weiteren Entlassungen. Und dass eine Verschärfung des Kündigungsschutzes vor allem denen nutzt, die im Besitz eines Jobs sind, nicht aber den Zigtausenden, die eine Beschäftigung suchen – auch das hat die Praxis zur Genüge bewiesen.

Die Ideengeber der neuen Bewegung wie etwa der Franzose Bourdieu haben sehr wohl erkannt, dass als letzte Zuflucht mitunter nur ein „merkwürdiger Konservatismus“ bleibt. Auf einmal sehe er sich in der politischen Auseinandersetzung gezwungen, „Einrichtungen zu verteidigen, die man eigentlich verändern will: den Na-



ALEJANDRO KAMINETZKY / REUTERS

Generalstreik in Argentinien
Drakonische Sparmaßnahmen

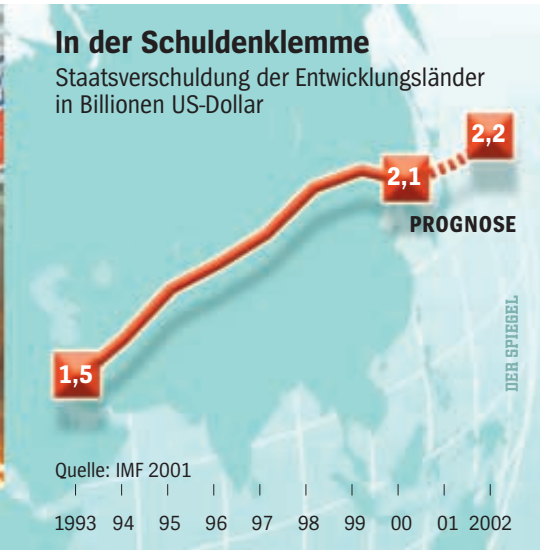
ACTION PRESS

Slums in Manila: *In der Dritten Welt reicht ein Job oft kaum zum Überleben*

tionalstaat ebenso wie die Gewerkschaften oder auch das öffentliche Schulwesen, Institutionen, die es allesamt zu retten und gleichzeitig schonungslos zu kritisieren gilt".

Vor allem der Internationalismus der Großkonzerne, Wesensmerkmal der Globalisierung, bereitet den Kritikern arge Probleme. Nicht nur, dass die in der Wirtschaft voranschreitende Überwindung von Staatsgrenzen und Rassenschranken ein altes Ideal der Aufklärung bedient. Bislang ist auch kaum zu sehen, wie denn das Gegenmodell zum weltumspannenden Freihandel aussehen könnte.

Soll man die Zäune erhöhen, um so den Markt für heimische Produkte zu schützen und damit das Lohnniveau in den nationalen Fabriken? Das wäre der Rückfall in den Protektionismus, der gerade die armen Nationen besonders hart treffen würde, die verzweifelt um Investitionen werben. Was ist das geeignete Mittel, um kulturelle Identitäten zu sichern: nationale Quoten für heimische Spiefilme, gar Verordnungen zum Schutz der Sprache vor Fremdwörtern, wie sie etwa Frankreich erlassen hat?



Haben andererseits Dritte-Welt-Länder nicht möglicherweise sogar ein Recht darauf, mit Blick auf all die internationalen Absprachen über Luftreinheit oder zur Verringerung von Pestiziden von einer Art Umweltimperialismus zu sprechen, der ihnen den Wettbewerb mit den reichen Industrienationen erschwert?

Die Fragezeichen sind größer geworden, immer mehr Menschen bemühen sich, eine Antwort oder doch eine Annäherung an die Antwort zu finden. Deshalb hat die Welt seit Seattle keinen globalen Gipfel mehr erlebt, der nicht von bunten Protestzügen und brutalen Straßenschlachten begleitet wurde – egal, ob bei den halbjährlichen Tagungen von Weltbank und Internationalem Währungsfonds (IWF), beim EU-Gipfel in Göteborg oder bei den winterlichen Treffen der Wirtschaftselite im schweizerischen Davos. Allein in Genua demonstrierten über 700 verschiedene Grüppchen und Gruppen.

Gipfel-Sherpa und Staatssekretär Alfred Tacke empfing wenige Wochen vor Genua einen Trupp der Protestler in seinem Wirtschaftsministerium – zum „Dialog mit der Zivilgesellschaft".

Ein gutes Dutzend Organisationen kamen, darunter die Öko-Gruppen Urgewald und Greenpeace sowie Attac und die Welthungerhilfe. Die Dialogteilnehmer vereinbarten, sich Ende August in Berlin wieder zu treffen zur Nachbereitung des Genua-Gipfels. Der Sozialdemokrat begreift das Verhältnis zur neuen außerparlamentarischen Opposition keineswegs taktisch: „Da kommt viel Konstruktives. Deren Themen sind auch unsere", sagt Tacke.

Bundeskanzler Gerhard Schröder will den Dialog, lässt sich durch die teils markigen Sprüche der Demonstranten nicht von seiner Konsenssuche abhalten. In der Sache liegt die deutsche Regierung nicht weit von den Forderungen der Protestgruppen entfernt: Schuldenerlass für die 23 ärmsten Staaten und ein radikalerer Kurswechsel in der Klimapolitik, das fordert Schröders rot-grüne Regierung ohnehin. Zum bisherigen 54 Milliarden-Dollar-Paket für die armen Staaten steuert Deutschland allein rund 17 Milliarden Mark bei, wie Tacke in Genua stolz vermerkte.

Joschka Fischer jedoch ging auf Distanz zu der neuen Protestgeneration: Der graugrüne Patriarch sieht die Bedenken der Demonstranten bei den Chefs bestens aufgehoben: „Die Frage nach der gerechteren Welt ist Thema des Gipfels. Eigentlich müsste man eine Demonstration der Freude veranstalten", erklärte er beleidigt dem italienischen „Corriere della Sera" in der Woche vor dem Gipfel. Da war offenbar viel Konkurrenzneid auf die außenparlamentarische Opposition im Spiel, die sich durch das Öko-Establishment, das der dreireihige Fischer wie kein Zweiter verkörpert, schon lange nicht mehr vertreten fühlt.

Viele Regierungschefs dagegen nehmen die Experten der Protestbewegung durchaus ernst. Wenn Gruppen wie Attac sich gegen Steueroasen, Geldwäsche und Korruption auflehnen, fechten sie denselben Kampf, den auch die Finanzminister der OECD seit Jahren betreiben.

Wenn Dritte-Welt-Gruppen einen Schuldenerlass für die Ärmsten der Armen fordern, entspricht das im Kern der Schuldeninitiative des Kölner G-7-Gipfels 1999. Nur

fordern die Protestgruppen das komplette Streichen der Außenstände – und zwar für mindestens 49 Staaten. Die G-7-Teilnehmer wollen nur 23 Staaten in das Streichprogramm aufnehmen.

Selbst Gastgeber Berlusconi profilierte sich in Genua mit einem von seinem Stab vorbereiteten Papier – Titel: „Nach der Schuldentilgung“ – als Helfer der Armen. Er empfahl den weiteren Abbau von Zollschranken, Investitionen in Bildung, Entwicklung und Gesundheit des ärmeren Teils der Erde. Großzügig beschloss die Gipfelrunde, 2,24 Milliarden Mark in einen Fonds zu spenden, um Krankheiten, besonders Aids, in der Dritten Welt besser zu bekämpfen.

Auch Frankreichs Präsident Jacques Chirac sieht plötzlich Handlungsbedarf. „Die Globalisierung muss besser gesteuert werden“, verlangte er in Genua. Man müsse zu Hause „ein gutes Gleichgewicht zwischen Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik finden, die den Schutz und die Ausbildung unserer Mitbürger garantiert“. Und global gelte es, neben dem G-8-Treffen, ein neues Forum zu schaffen, auf dem auch die Länder der Dritten Welt repräsentiert seien.

Und so nahm die Verbrüderung ihren Lauf. Der langjährige Manager des italienischen Auto- und Landmaschinen-Multis Fiat und neue Außenminister in Rom, Renato Ruggiero, rief den Demonstranten über die Medien zu: „Greift uns nicht an, wir sind hier, um die Probleme zu lösen.“

Passiert ist trotz ähnlicher Versprechungen und zahlreicher Gipfel-Beschlüsse bisher wenig. Hier ein bisschen mehr Transparenz in den Finanzstatistiken, dort ein paar Korrekturen an den Aufsichtsgremien der globalen Ökonomie und ein paar neue „Codes“ und „Rules of best practice“ – doch im Grunde haben die Regierungen und die internationalen Organisationen nichts unternommen, um die Grundregeln entscheidend zu ändern.

Besonders fatal könnte sich diese Reformunlust bei jener Feuerwehrtruppe auswirken, die gemeinhin ausrücken muss, wenn es in der globalen Finanzwelt brennt: beim Internationalen Währungsfonds. Tatsächlich, so bemängeln renommierte Ökonomen wie etwa der Harvard-Professor Jeffrey Sachs, sei der IWF eher Teil des Problems als dessen Lösung.

So hält die argentinische Regierung mit Unterstützung des IWF am festen Wechselkurs zum Dollar fest – tatsächlich hätte die überteuerte Landeswährung längst abgewertet werden müssen. Auch während der Asienkrise verschärfte der IWF mit seiner Forderung nach Haushaltskürzungen und Zinserhöhungen die Panik der Anleger eher noch, als sie zu beruhigen.

Eher schleppend kommt auch die Reform der Weltbank voran. Während der IWF vor allem die akuten Krisen bekämpft, soll die Bank sich in erster Linie um langfristige Entwicklungshilfe kümmern – so zumindestens die Theorie.

Doch die Praxis sieht anders aus. Tatsächlich steckt die Bank nach wie vor Milliardenbeträge in gewaltige Staudamm- oder Straßenprojekte. Weltbank-Präsident James Wolfensohn profiliert sich zwar gern als Freund der Nichtregierungsorganisationen, doch seine Versuche, die Ausrichtung der Bank grundlegend zu ändern, sind meist an der Bürokratie gescheitert.

So hat die Weltbank allein in den vergangenen zehn Jahren 225 Milliarden Dollar an langfristigen Krediten in Dritte-Welt-Länder gepumpt – doch zu sehen sei davon oftmals wenig, kritisierte der amerikanische Finanzminister Paul O’Neill unlängst in einer Rede. Statt Infrastrukturprojekte zu fördern, solle die Entwicklungsbehörde verstärkt Geld in Erziehung, Ausbildung und Gesundheitsvorsorge investieren. „Es ist Zeit für ein neues Konzept der Armutsbekämpfung“, fordert O’Neill.

Weitgehend unreguliert können nach wie vor auch die Hedge-Fonds ihrem Geschäft nachgehen, jene Anlagepools, die notfalls auch Kreditmittel in hoch spekulative Investments, darunter so genannte Derivate, stecken. Über 400 Milliarden Dollar haben die rund 6000 Fonds inzwischen eingesammelt, selbst deutsche Großbanken umgarnen Kleinanleger mit der Idee, auch im Börsenabschwung viel Geld zu verdienen – wenn alles gut geht. Denn zumeist unterliegen diese Fonds keiner staatlicher Aufsicht, oftmals haben die Gesellschaften ihren Sitz in entlegenen Steueroasen.

Dabei bestreiten nicht einmal mehr Berufsspekulanten wie George Soros, dass das globale Casino mehr Kontrolle benötigt. „Die Finanzmärkte bergen die Gefahr selbstzerstörischer Entwicklungen“, sagt er. Soros beharrt darauf, dass die Welt dem Phänomen Globalisierung nicht schicksalhaft ausgeliefert ist.

Mögen auch zu den 100 größten wirtschaftlichen Einheiten der Welt nur noch 49 Länder zählen – so hält Soros die Politik doch durchaus für handlungsfähig: „Der Glaube, die multinationalen Konzerne seien stärker als die Staaten, ist ein Irrglaube. Staaten üben Macht aus, Regierungen erlassen Gesetze, machen Auflagen und garantieren Rechte.“

Bestes Beispiel: Vor zwei Wochen stoppte EU-Wettbewerbskommissar Mario Monti die Fusion der beiden amerikanischen Konzerne General Electric und Honeywell – und damit den Expansionsdrang von Jack Welch, dem mächtigsten Industriemanager der Welt. Fast gleichzeitig durchsuchten Montis Leute die Büros von neun europäischen Mobilfunkkonzernen, weil sie unerlaubte Preisabsprachen bei Handygebühren vermuten.

Schwieriger als die multinationalen Konzerne lassen sich allerdings die Finanzmärkte bändigen. Experten wie Altkanzler Helmut Schmidt halten dies gleich-

M. RUETZ / FOCUS PLUS / XXP

Demonstrationsführer Dutschke (1967): *Viele 68er bevorzugten den schrillen Ton*

PETER MEISSNER / ACTION PRESS

Love Parade in Berlin: *In den Industriestaaten wird die Fraktion der Genießer immer größer*

wohl für möglich. „Die Staaten müssen sich zusammenraufen“, fordert der Sozialdemokrat.

Unter Globalisierungsgegnern, aber auch bei linken Politikern in Amerika und Europa erfreut sich ein Vorschlag neuer Beliebtheit, den schon Anfang der siebziger Jahre der Ökonom James Tobin unterbreitet hat: Eine generelle Steuer auf sämtliche Devisengeschäfte, die so genannte Tobin-Steuer, soll Sand ins Getriebe der Spekulation streuen.

Diese Abgabe würde selbst bei einem geringen Steuersatz von 0,1 Prozent über 100 Milliarden Mark einspielen – Geld, das die Nichtregierungsorganisationen gern für Gesundheitsvorsorge in den Entwicklungsländern oder eine soziale Grundsicherung aller Menschen einsetzen wollen.

Die Forderung nach einem neuen Protektionismus, also Einfuhrsperren für Kapital und Waren anderer Staaten, hat heute keine realistischen Chancen mehr. Dass derart radikale Abschottungsstrategien langfristig mehr schaden als nützen, hat sich mittlerweile auch bei den Entwicklungsländern herumgesprochen.

Gerade deswegen drängen die Staaten aus Afrika, Mittelasien und Lateinamerika darauf, wieder die so genannte Millenniumsrunde der WTO aufzunehmen, jene Liberalisierungsrunde also, die von den Globalisierungsgegnern in Seattle gestoppt wurde.

So erwirtschaften die Entwicklungsländer nach wie vor ein Viertel ihres Sozialprodukts durch Ackerbau und Viehzucht. Gleichzeitig leiden sie unter den teils unüberwindbaren Handelshürden, die die Industrieländer, allen voran die Europäer, zum Schutz ihrer eigenen Bauern errichtet haben. Würden sämtliche Zölle und Subventionen im Westen fallen, dann, so hat die Weltbank errechnet, würden die 48 ärmsten Staaten der Welt jährlich Mehreinnahmen von 40 Milliarden Dollar erzielen.

Nicht nur Themba Sono, einer der renommiertesten Ökonomen Afrikas, hält die Globalisierungsgegner deshalb für „Verrückte“, wenn sie sich – angeblich im Interesse der armen Länder – gegen jegliche WTO-Verhandlungen sperren.

Ein rigoroses Zurückdrehen der Globalisierung, so wie es viele in Seattle oder Genua forderten, halten alle wohlmeinenden Experten für äußerst gefährlich. Welche Folgen solch ein Rückfall in den Protektionismus birgt, belegen die Erfahrungen aus den dreißiger Jahren: Die Abkehr vom Freihandel mündete in der globalen Depression.

Als nach dem Börsencrash vom Oktober 1929 die Nachfrage nach Lebensmitteln einbrach, war es den amerikanischen Farmern gelungen, Präsident Herbert Hoover von saftigen Strafzöllen für Importe zu überzeugen. Auf einen Schlag erhöhten die USA damals die Einfuhrabgaben auf 20 000 Agrar- und Industrieerzeugnisse. Europäer, Asiaten und Lateinamerikaner konterten ihrerseits mit Strafzöllen auf amerikanische Produkte.

Es entbrannte ein heftiger Handelskrieg, der am Ende böse Folgen hatte: Binnen vier Jahren brachen die globalen Warenströme um zwei Drittel ein, die Arbeitslosigkeit stieg in allen Ländern steil an. Und in Deutschland verhalf die Wirtschaftskrise einem gewissen Adolf Hitler und seiner NSDAP an die Macht.

Die Staaten wollen, das wurde in Genua deutlich, sich auf keinen Fall wieder gegeneinander ausspielen lassen. Schröder, Berlusconi und auch der Amerikaner Bush

MARCO DI LAURO

José Bové

JEAN-PIERRE MULLER / AFP / DPA

Viviane Forrester

PETER BREGG / MACLEANS / CANADIAN PRESS

Naomi Klein

Vordenker der Globalisierungsgegner: *„Wir wissen noch nicht, wie die Welt danach aussehen wird“*

legten in ihren Statements Wert darauf: kein neuer Protektionismus, kein isoliertes Konjunkturprogramm, kein beschleunigter Wettlauf um niedrigere Sozialstandards.

Mit den Protestlern soll geredet werden. Auch mit den Entwicklungsländern, die keineswegs unzufrieden mit den Beschlüssen von Genua waren, wird eine neue, wahrscheinlich intensivere Kommunikation in Gang kommen. Jenseits der bisherigen Gremien will Schröder den Kontakt pflegen.

Die Konzerne müssen sich nach Genua auf eine neue Gangart einstellen. Die Politik ist dabei, sich den verloren gegangenen Spielraum zurückzuerobern. Den markigen Sprüchen (Chirac: „Die Spekulanten sind das Aids der Gesellschaft“) und jenem Versprechen vom „mitfühlenden Konservatismus“ (Bush) müssen endlich Taten folgen.

Mit einer europäischen Kartellbehörde und den Überlegungen einer effektiveren Börsenaufsicht in Europa und den USA, mit der geplanten Übernahmerichtlinie, die selbst das Kaufen und Verkaufen von Firmen regelt, ist zumindest ein Anfang gemacht.

Einig waren die versammelten Politiker in dem Wunsch, dass eine solche Konfrontation zwischen Globalisierungskritikern und Politik sich nie mehr wiederholen sollte. Wahrscheinlich wird es einen solchen Riesengipfel nicht wieder geben. Allzu grotesk waren Pomp und Polizeipräsenz in Genua. Absurd das Missverhältnis zwischen den Gipfel-Themen und den Gipfel-Kosten von mindestens 50 Millionen Mark.

Viel zu herrschaftlich sei die Veranstaltung angelegt, kritisierten Schröders Berater, als kämen da „die Kaiser der Welt, fehlt nur noch das mondäne Damenprogramm“. Im Vergleich zum Aufwand seien derartige Gipfel „klotzhohl“.

Viele empfehlen die Rückkehr zu den Anfängen: Der erste Weltwirtschaftsgipfel fand in kleiner Runde am Kamin statt. Auf Anregung von Helmut Schmidt diskutierten die damals noch sechs Regierungschefs über die Lösung der globalen Fragen – ohne allzu viel Presserummel, ohne Protestkulisse.

Die Polizei beschränkte sich damals auf ihre Kernkompetenz – die Regelung des Verkehrs.

Jan Fleischhauer, Jürgen Hogrefe, Sven Röbel, Ulrich Schäfer, Michaela Schiessl, Hans-Jürgen Schlamp, Gabor Steingart

Die Ohnmacht der Mächtigen

Die Mehrheit der Gipfel-Demonstranten plädiert nicht für eine Abschaffung der globalen Institutionen, sondern für deren grundlegende demokratische Reform.

HARTWIG LOHMEYER / JOKER

Weltbank in Washington: *Hinter verschlossenen Türen Entscheidungen von globaler Reichweite*

Der Massenprotest gegen den Globalkapitalismus scheint die Regierenden so zu verblüffen wie weiland der Aufstand der DDR-Bürger die SED-Größen. Die Bewegung habe „nichts Demokratisches an sich“, beklagte der britische Premier Tony Blair und hielt den Demonstranten entgegen, dass „die Globalisierung doch keine Bedrohung“ sei. Vielmehr mehre der internationale Handel den Wohlstand und trage zur Lösung vieler Probleme bei. Er verstehe nicht, so Blair, „warum diese Ideen von der Straße angegriffen würden“.

Die Erklärung ist einfach: Die Demonstranten glauben Blair und seinen Kollegen nicht mehr. Denn seit Jahren kommen die Regenten der führenden Industrieländer in zentralen Zukunftsfragen der Menschheit nicht voran:

- Beispiel Finanzmärkte: Nach „der schlimmsten Finanzkrise seit Ende des Zweiten Weltkrieges“ (Bill Clinton), die 1997/98 in den betroffenen Staaten Asiens und Südamerikas viele Millionen Menschen zurück in die absolute Armut stieß, versprachen die politischen Führer der Industrieländer beinahe unisono eine grundlegende Reform zur Stabilisierung der Kapitalflüsse und Devisenkurse. Doch alle wirksamen Vorschläge scheiterten an der Furcht der Regierungen vor dem gut organisierten Widerstand der Finanzindustrie.
- Beispiel Steuerflucht: Steueroasen wie die britischen Cayman-Inseln, die Niederländischen Antillen oder Liechtenstein geraten zusehends zu einem schwarzen Loch der Weltwirtschaft, in dem nach Schätzungen des Internatio-

Organisationen des Weltkapitals?

Internationaler Währungsfonds (IWF)

Gegründet 1944 in Bretton Woods, 183 Mitgliedsländer sind mit Einlagen beteiligt. Der IWF überwacht die Währungspolitik der Mitglieder, leistet finanzielle Hilfe bei Zahlungsbilanzproblemen und stellt Krisenländern Kredite sowie das notwendige Know-how zur Einleitung finanzpolitischer und institutioneller Reformen zur Verfügung.

Kritik: Strenge wirtschaftliche Auflagen für Krisenländer verschärfen bestehende soziale und politische Konflikte, politische Auflagen greifen tief in die Handlungsfreiheit der Nehmerländer ein.